

STANDORT RETZ IN GEFAHR

Bürgermeister ringen um Notarzt

Drei SPÖ-Bürgermeister aus dem Pulkautal und drei ÖVP-Bürgermeister aus dem Retzlerland sowie Patrick Eber, Bezirksgeschäftsführer der SPÖ Hollabrunn, trafen am 15. Mai mit der, für das Rettungswesen zuständigen Landesrätin **Eva Prischl** (SPÖ) zusammen.

Das Anliegen der Gemeindechefs ist der Erhalt des Notarzt-Standortes Retz, der nach Hollabrunn verlegt werden soll. Es wäre eine der drastischen Maßnahmen, die der "Gesundheitsplan 2040+" der schwarz-blauen Landesregierung vorsieht, nämlich die Reduzierung der Notarzt-Stützpunkte in Niederösterreich von derzeit 32 auf 21.

Die Bürgermeister verwiesen in ihrem Gespräch mit der Landesrätin auf die ohnehin schon seit Jahren prekäre Situation im nördlichen Weinviertel: zuwenig niedergelassene Ärzte, zuwenig Pflegepersonal, lange Wartezeiten und unzumutbare Entfernungen bis zu einer Notfallversorgung.

SPÖ-Bezirksgeschäftsführer Patrick Eber brachte es auf den Punkt: "Zuerst die Polizeiposten, dann die Postämter und Banken, viele Nahversorger, zuletzt die Gastronomie und jetzt nimmt man uns das Wichtigste, nämlich unsere Gesundheits- und Notfalleinrichtungen weg - so hört man es von den Leuten in unseren Gemeinden. Und sie haben recht." Peter Frühberger, Bürgermeister in Seefeld-Kadolz und Vorsitzender der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Bezirk Hollabrunn argumentiert

ebenso: "Gerade in der Grenzregion haben wir jetzt schon weite Entfernungen in die jeweiligen Gesundheitseinrichtungen zu bewältigen. Künftig soll dann auch noch der Notarzt bis zu doppelt so lange Strecken zurücklegen. Das können wir unserer Bevölkerung nicht zumuten. Hier geht es um Menschenle-



© 2025 SPÖ NÖ

V.l.n.r.: Fritz Schechtner, Patrick Eber, Leo Ramharter, Landesrätin Eva Prischl, Peter Frühberger, Erwin Kasper, Christoph Hohl, Stefan Lang.

ben. Wir fordern über Parteigrenzen hinweg und mit allem Nachdruck den Erhalt des zweiten Standortes in unserem Bezirk - in Retz!"

Landesrätin Eva Prischl sicherte zu, die Forderung an den Finanzlandesrat heranzutragen und versprach, mit den Gemeindevertretern in Kontakt zu bleiben .. und wir werden weiter berichten!

- sal

Impressum & Offenlegung gem. §§ 25 Mediengesetz

Medieninhaber, Herausgeber und Eigentümer (zu 100 %)
Ortsgruppe Seefeld-Kadolz der
SPÖ Bezirksorganisation Hollabrunn (politische Partei)
Großkadolz 243
2062 Seefeld-Kadolz

Vorsitzender
Peter Frühberger

Redaktion
SPÖ Seefeld-Kadolz
Großkadolz 243, 2062 Seefeld-Kadolz

Druck (Herstellung)
REMO GmbH, Wiener Straße 67, 3580 Horn

Grundlegende Richtung
Dieses Medium ist das Informationsorgan der SPÖ Ortsgruppe Seefeld-Kadolz und will einen Beitrag zum freien politischen Diskurs und zu einer umfassenden und kritischen politischen Information der Öffentlichkeit leisten.

Bilder (Fotos und Grafiken):
SPÖ Seefeld-Kadolz und namentlich Genannte

GESUNDHEITSPLAN 2040+

Moderne Krankenversorgung (nicht) für alle!

Die ärztliche Versorgung in Niederösterreich steht schon seit Jahren in der Kritik. Extrem lange Wartezeiten, überlastetes Klinikpersonal, veraltete Technik. Bisher war es der fehlende Wille, dass die medizinische Infrastruktur des größten Bundeslandes nie auf ein zeitgemäßes Niveau angehoben wurde - jetzt ist es das fehlende Geld!

Etwas musste getan werden und Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Udo Landbauer (FPÖ) kündigten im Herbst 2024 an, dass mehrere (!) Spitäler im Weinviertel geschlossen werden. Das würde die Finanzierung der Krankenversorgung in Niederösterreich "konsolidieren".



Das Landeskrankenhaus Hollabrunn soll eine "Primärversorgungseinheit mit Facharztzentrum" werden.

"Stiefkind" Weinviertel

Für diese - sehr unwahrscheinliche - Konsolidierung hätte die schwarz-blaue Landesregierung kein Problem damit gehabt, dass 350.000 Weinviertler*innen ohne spitälsärztliche Versorgung geblieben wären. Unfallopfer und Akutfälle im nördlichen Grenzgebiet hätten über Entfernungen von bis zu 90 Kilometer (Fahrzeit: rund 50 Minuten) in die "nächstgelegene" Notfallambulanz transportiert werden müssen.

Natürlich hagelte es Kritik von allen Seiten: SPÖ, Neos und Grüne machten deutlich, dass die geplanten Maßnahmen zu einer gefährlichen Verschlechterung der notfallmedizinischen Versorgung führen werden. Die SPÖ mobilisierte alle verfügbaren Kräf-

te - auch außerhalb des Landtages - und Arbeiterkammer, Gewerkschaften und andere Institutionen drängten auf eine verträglichere Lösung.

Letztlich mussten Mikl-Leitner und Landbauer dem Druck nachgeben. Nach sechs Monaten zäher Verhandlungen ist es im April dieses Jahres zu dem Gesundheitsplan 2040+ gekommen - einem Kompromiss zwischen allen Parteien, die im Landtag vertreten sind, wobei die Grünen nur zum Teil zugestimmt haben.

Für die einen ist es ein Kompromiss, für andere ist es ein "Deal", bei dem einige Regionen bevorzugt, andere aber benachteiligt werden. Während die Spitäler in Sankt Pölten und Wiener Neustadt zu sogenannten "Zentralkliniken" (Kliniken mit dem höchsten Leistungsumfang und speziellen Behandlungsmethoden) aufgewertet werden, sollen im Weinviertel von den aktuell drei Krankenhäusern und einer Sonderkrankenanstalt nur eine Klinik erhalten bleiben. Über den Standort wurde noch nicht entschieden.

Das Schlimmste verhindert

Die SPÖ konnte in den Verhandlungen erreichen, dass Hollabrunn nicht geschlossen, sondern in eine "Primärversorgungseinheit" (PVE) mit "Facharztzentrum" (FAZ) umgewandelt und eine Notfallambulanz mit 24-Stunden-Betrieb erhalten wird - eine Ausnahmeregelung, da eine PVE nach Definition des Gesundheitsplans 2040+ eigentlich keine Möglichkeit zur Akutbehandlung vorsieht.

Auch ist dem SPÖ-Verhandlungsteam unter Führung von Sven Hergovich zu verdanken, dass keiner der existierenden Standorte geschlossen wird, bevor Ersatz geschaffen wurde. Die Arbeiterkammer NÖ konnte gemeinsam mit den Gewerkschaften durchsetzen, dass es zu keinen weiteren Kündigungen bei Ärzten und Pflegepersonal im Zusammenhang dieser Umstrukturierung kommt.

Aber wie man es auch dreht und wendet: Aus der Sicht der Weinviertler Bevölkerung bedeutet der Gesundheitsplan 2040+ der NÖ Landesregierung eine Verschlechterung der Kranken- und Notfallversorgung - obwohl diese schon seit Jahren mehr schlecht als recht funktioniert. Auch in jeder anderen Hinsicht war und ist den ÖVP-dominierten Landesregierungen der letzten Jahrzehnte offenbar nie bewußt geworden, dass nördlich der Donau auch noch Menschen leben.

(Fortsetzung nächste Seite ...)